

Vom Islamischen Staat zum Weltkalifat

Die Arabellion als Wegbereiter des globalen „Heiligen Krieges“

Berndt Georg Thamm

Zeitenwende im Nahen und Mittleren Osten, dessen fast einhundertjährige regionale Ordnung, einst durch Siegermächte des Ersten Weltkrieges etabliert, zerfällt. Zum Brandbeschleuniger dieses Zerfalls, zu dem auch der provozierte Zusammenbruch des uralten orientalischen Kulturraumes gehört, wurden islamistische Milizionäre einer Dschihadistengruppe. Vom Bürgerkriegsland Syrien kommend, hatten sie auf ihrem Feldzug in Mesopotamien nach der Einnahme der Zweimillionenstadt Mossul im Irak im Fastenmonat Ramadan 1435 (29. Juni 2014) einen eigenen Islamischen Staat (IS) proklamiert. Auf diese entstandene „Großmacht des Terrors“ reagierte der Westen zehn Tage später mit Luftangriffen eines US-geführten Anti-IS-Bündnisses. Am 8. August 2015, dem ersten Jahrestag dieses Zusammenschlusses, dem mittlerweile über 60 Länder angehören, hatte dieser bis dahin fast 6.000 Einsätze gegen den IS geflogen, der dadurch jedoch kaum geschwächt wurde, so die Einschätzung der US-Geheimdienste. Heute kontrollieren die IS-Soldaten, aus ihrer Miliz war eine Armee geworden, ob ihrer militärischen Professionalität ein Territorium, das sich vom Osten Syriens bis zum Norden und Osten des Irak erstreckt. Die ideologische Anziehungskraft dieser neuen Macht ist ungebrochen, ermöglicht eine Entwicklung hin zu einem transnationalen Terrorimperium, dessen Kämpfer sich längst auch außerhalb des syrisch-irakischen Kerngebietes dschihad-terroristisch betätigen. So starben bei einem Selbstmordanschlag am 20. Juli auf ein Kulturzentrum in der südtürkischen Stadt Surus, urbaner Nachbar der nordsyrischen Kurdenstadt Kobane, 32 Menschen. Die Türkei machte für diesen Terrorakt den IS verantwortlich, öffnete in der Folge seine NATO-Basis Incirlik für US-Luftschläge gegen den IS und schloss sich deren internationalen Anti-IS-Koalition an. In einer unmissverständlichen Botschaft erklärte der IS daraufhin am 17. August der „nichtmuslimischen“ Türkei den Krieg und rief zum Aufstand gegen deren Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, den „Teufel“, mit den Worten auf: „Alle Gläubigen sollen Istanbul erobern, die Stadt, die der verräterische Erdogan Tag und Nacht den Kreuzfahrern ausliefert“. Der vor einem guten Jahr ausgerufene Islamische Staat (ad-Da'ula al-islamiya) ist nicht irgendein Staat; er ist das Kalifat, das neue Kalifat. Und eben dieses erklärte mit der Türkei einem Staat den Krieg, der vor 91 Jahren per Gesetz das Kalifat abgeschafft hatte.

Der Tod des Kalifats – posttraumatische Belastung der islamischen Welt

Das letzte islamische Großreich hatte mit dem Ende des Osmanischen Reiches (1299 – 1922) nach dem Ersten Weltkrieg aufgehört zu existieren. Ende Oktober 1914 war es auf Seiten des Kaiserreiches Deutschland in den Krieg hin-



*Berndt Georg Thamm ist Terrorismus-
experte und freier Fachpublizist in Berlin*

eingezogen worden. Anfang November erklärten Russland, England und Frankreich den Osmanen den Krieg. In der Folge rief Sultan Mehmed Khan V. (1844 – 1918) als Kalif (und damit Oberhaupt der Muslime) zum Dschihad, zum „Heiligen Krieg“ auf. Doch die Dschihad-Solidarität der muslimischen Welt blieb aus, das Osmanische Reich ging unter. Seine Vertreter unterzeichneten am 10. August 1920 in Sèvres bei Paris einen Diktatfrieden der Sieger, der quasi einen halbkolonialen Status des Landes fest schrieb. Zwei Jahre später beschloss die Nationalversammlung, das über 500 Jahre bestehende Sultanat zum 1. November 1922 abzuschaffen. Mit Mehmet IV. ging der letzte Sultan (arab.: Herrscher) ins Exil. Im darauffolgenden Jahr ratifizierte die große Nationalversammlung den Friedensvertrag. Am 1. Oktober 1923 verließen die letzten Besatzungstruppen Istanbul. Keine vier Wochen später wurde die Republik Türkei gegründet, deren Präsident Mustafa Kemal (1881 – 1938), Atatürk („Vater aller

Türken“) genannt, eine laizistische Ordnung vorsah. Gut vier Monate später wurde am 3. März 1924 nicht nur das Haus Osman ausgebürgert, sondern auch nach über 400 Jahren (nach 1518 hatte der osmanische Sultan Selim I., nachdem er die Kontrolle über Mekka und Medina errungen hatte, auch den Titel des Kalifen angenommen) das Kalifat per Gesetz Nr.431 abgeschafft. Mit der Absetzung des letzten Kalifen Abdülmecid wurde die jahrhundertealte Personalunion von Sultan und Kalif beendet. „Der Sultan in seiner Eigenschaft als Kalif“, so hieß es noch in der 1878 verabschiedeten Verfassung des Osmanischen Reiches, „ist der Schutzherr für die muslimische Religion“. Nur eine Woche später wurden die Scharia-Gerichte und damit die islamische Rechtsordnung aufgelöst. Zum Schluss wurde am 10. April 1928 in der Türkei der Islam als Staatsreligion aus der Verfassung gestrichen. Insbesondere die Abschaffung des Kalifats löste in der gesamten islamischen Welt einen regelrechten Schock aus. Der Kalif war schließlich der „Nachfolger“ (des Propheten Mohammed), eben der „Stellvertreter des Gesandten Gottes“. Mit ihm wurde eine islamische Regierungsform dargestellt, in der die weltliche und die geistliche Führerschaft in der Person des Kalifen vereint war. Ein theokratisches Modell, das bereits zu Lebzeiten des Propheten in dessen Staat in Medina praktiziert wurde, war nun abgeschafft worden – welche Schmach, welche Schande.

Die Idee der Kalifat-Wiedererrichtung – aufgegriffen vom Dschihadterrorismus

Nach dem Untergang des osmanischen Kalifats gab es in den ersten Jahren immer wieder Bestrebungen, das Kalifat zu beleben. Doch konnten sich auf einer internationalen Kalifatskonferenz, zu der Gelehrte der Azhar-Universität in Kairo 1928

eingeladen hatten, die Teilnehmer nicht mehr über den „staatsrechtlichen Charakter des Kalifats“ einigen. Dennoch wurde der Kalifatsgedanke nie ganz ausgelöscht. So wurde in Ägypten unter der Führung des Lehrers Hassan al-Banna (1905 – 1949) die Gesellschaft der Muslimbrüder (jamiyat al-ikhwan al-muslimin) mit dem Ziel gegründet, den hegemonialen Ansprüchen europäischer Kolonialherren und den säkularistischen Tendenzen nach türkischem Vorbild islamische Moralvorstellungen entgegenzusetzen. Nur die Rückkehr zum wahren Islam könne den Unerträglichkeiten und Demütigungen für Muslime ein Ende bereiten und die islamische Ordnung neu etablieren. Die Allgemeine Ordnung der Muslimbrüder sah die Errichtung des Islamischen Staates vor, bis zum heutigen Tage. Von der Muslimbrüderschaft spaltete sich nach dem Ersten Arabisch-Israelischen Krieg die 1953 von Exil-Palästinensern in Jordanien (Ostjerusalem) gegründete Hizb ut-Tahrir (HuT), die „Partei der Islamischen Befreiung“ ab, die sich ebenfalls (bis heute) für die Wiedererrichtung des Kalifats einsetzte. Nicht zuletzt nahm der wahhabitische Saudi Osama bin Laden (1957 – 2011) als Kriegsfreiwilliger zum Ende des Afghanistankrieges 1988/89 die Idee, ein Kalifat zu errichten, wieder auf. Der Begründer der al-Qaida al-Dschihad, der „Basis des Heiligen Krieges“, ließ Jahre später als Gast der Taliban in deren Emirat Afghanistan (1995 – 2001) in paramilitärischen Camps Tausende junger Muslime nach dem al-Qaida-Handbuch „Militärische Studien des Dschihad im Kampf gegen die Tyrannen“ ausbilden. In der Einleitung dieses Terroristen-Handbuches hieß es u.a.: „Nach dem Fall unserer orthodoxen Kalifate am 3. März 1924 wurde unsere islamische Nation mit abtrünnigen Herrschern geschlagen ... Diese ... haben begonnen, das Wesen der islamischen Nation zu zerbrechen ...“ In der 1. Lektion des Handbuches

hieß es vor dem Hintergrund vorgenannter Schmach dementsprechend: „Die wichtigste Mission der Militärorganisation ist der Sturz der gottlosen Regime und ihre Ersetzung durch ein Islamisches Regime“. Dieses Ziel verfolgte die al-Qaida über zwanzig Jahre auf vielen Schauplätzen des Dschihad, ohne es jedoch realisieren zu können. Erst auf dem heutigen Dschihad-Schauplatz Irak wurde aus der Idee, das Kalifat wieder zu errichten, eine Realität. So schockiert die Welt des Islam 1924 über die Abschaffung des Kalifats war, so erstaunt war sie nun 2014, als das Kalifat wieder ausgerufen wurde – von Dschihadisten. Diese sprachen sowohl den saudischen Sunniten als auch den schiitischen Iranern nicht nur den Anspruch ab, die jeweils einzigen wahren Nachfolger des Propheten zu sein, sondern machten ihnen auch die Vorherrschaft beginnend im Irak und in Syrien streitig. Vor diesem Hintergrund waren die Begründer des neuen Kalifats für die etablierte arabisch-islamische Welt eben al-irhabiyyun – „die Terroristen“.

Warnungen vor Kulturkrieg und Weltunordnung – die frühen Mahner

Nach dem Ende des Kalten Krieges sahen einige Politikwissenschaftler statt eines harmonischen Zusammenwachsens in einer zunehmend vernetzten Welt neue Konflikte globalen Ausmaßes entstehen. Als „Krieg der Zivilisationen“ beschrieb der gebürtige Syrer Bassam Tibi 1995 die „Politisierung ethnischer Konfliktpotenziale, die den Ost-West-Konflikt ablösen und in der Folge von unterschiedlichen Kulturen in Kriegen ausgetragen werden“. Schon zwei Jahre zuvor ging sein US-amerikanischer Kollege Samuel Phillips Huntington (1927 – 2008), in seinem Essay „Der Zusammenprall der Zivilisationen?“ (Foreign Affairs, 1993) der Frage nach, ob es einen Kampf

der Kulturen (The Clash of Zivilizationen?) gebe. Huntington nannte diese Auseinandersetzungen „Bruchlinienkonflikte“ bzw. „Bruchlinienkriege“, wenn die Konflikte gewaltsam geworden waren. Der erste Krieg dieser Art war der sowjetisch-afghanische Krieg (1979 – 1989). Weltpolitisch gesehen war das zu der al-Islam (Gebiet des Islam) gehörende Afghanistan zum finalen Schauplatz des Kalten Krieges geworden. Mit dem Sieg seiner „Gotteskrieger“ (Mudschaheddin) über die Gottlosen aus dem sowjetischen „Gebiet des Krieges“ (dar al-Harb) fand in der Folge eine bis dahin mehr oder weniger verlässliche Sicherheitsarchitektur der bis zu diesem Zeitpunkt gültigen bipolaren Weltordnung ihr Ende. Ein halbes Jahrzehnt nach diesem ersten Bruchlinienkrieg und seinen sicherheitspolitischen Folgen veröffentlichte Samuel P. Huntington 1996 sein Buch „Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert“, das in 26 Sprachen übersetzt weltweit Aufsehen erregte. Ob seiner These, dass nach dem Ende der Blockkonfrontation nicht mehr ideologische, sondern Kulturen, so die islamische und die westliche, aufeinandertreffen, erntete er auch massive Kritik. „Ein globaler Krieg unter Beteiligung der Kernstaaten der großen Kulturkreise der Welt“, so Huntington, „ist höchst unwahrscheinlich, aber nicht unmöglich. Entstehen könnte ein solcher Krieg ... aus der Eskalation eines Bruchlinienkrieges zwischen Gruppen aus verschiedenen Kulturen, am wahrscheinlichsten unter Beteiligung von Muslimen auf der einen Seite und Nichtmuslimen auf der anderen ...“

US-geführte Operationen am Hindukusch und in Nahost – Wegbereiter einer Islamistischen Internationalen

Am Hindukusch war in den 1980er Jahren ein Bruchlinienkrieg eska-

liert. Ende 1979 waren sowjetrussische „Ungläubige“ in die afghanische dar al-Islam einmarschiert. Für die UdSSR wurde der folgende Krieg zur größten militärischen Operation seit dem Zweiten Weltkrieg. Für die afghanischen Glaubenskämpfer, auf deren Seite in zehn Jahren Krieg rund 35.000 von Muslimbruderschaft, World Muslim League und Palestinian Islamic Radicals motivierte „ausländische Kämpfer“ (Foreign Fighters) aus 43 islamischen Ländern standen, wurde der Verteidigungsdschihad zur „Mutter aller heiligen Kriege“ der Neuzeit. Diesem Bruchlinienkrieg folgte ein mehrjähriger Bürgerkrieg, aus dem die radikalislamischen Taliban als Siegermacht hervorgingen, die Afghanistan 1997 zum Islamischen Emirat und damit „Modell für die gesamte islamische Welt“ erklärten. Dieser „Gottesstaat“ wurde für die al-Qaida zum sicheren Hafen, war ihr Begründer doch von 1995 bis 2001 Gast des Taliban Führers Mohammed Omar (1950 – 2013). In ihren paramilitärischen Anlagen wurden mindestens 20.000 (bis 70.000?) junge Muslime mit dem Ziel beschult, den Dschihad in deren Heimatregionen von Zentralasien über den Kaukasus und Nahost bis nach Nord- und Ostafrika zu tragen und gegen die dortigen Tyrannen zu führen. Bin Ladens territorial ungebundener Dschihad gegen den „internationalen Unglauben“ (al-Kufr al-Alami) kulminierte mit den 9/11-Terroranschlägen gegen die USA.

Operation Enduring Freedom in Afghanistan (2001 – 2014)

Für die USA begann in der Folge ein Global War on Terrorism, in dessen Rahmen die militärische Großoperation Enduring Freedom (OEF) stattfand, an der sich rund 70 Nationen beteiligten.

Schon am 7. Oktober 2001 begann die US-geführte OEF in Afghanistan gegen Terroristen und Taliban, auf

deren Seite 12.000 Foreign Fighters aus über 40 muslimischen Ländern auch 2.000 al-Qaida-Dschihadisten standen. Mit der Taliban-Kapitulation nur acht Wochen später war am 5. Dezember die weltweit reaktionärste Klerikaldiktatur beendet. Um die Region sicherer zu machen und damit zu stabilisieren, wurde wenig später eine UN-Schutztruppe, die International Security Assistance Force (ISAF), geschaffen, die bis zum 31. Dezember 2014 in Afghanistan bleiben sollte. Anders als erhofft, hatte ihr Einsatz über 13 Jahre kein sicheres Umfeld entstehen lassen. Nach einer Studie zu den Kosten des Krieges an der US-amerikanischen Brown-Universität forderte der Anti-Terror-Krieg zwischen 2001 und 2014 allein in Afghanistan über 90.000 Menschenleben. Ob dieser Opferzahlen wertete Hamid Karsai, Afghanistans Präsident bis 2014, den NATO-Kampfeinsatz gegen Terrorismus, Extremismus und Radikalismus als Misserfolg: „Inzwischen stellt nicht nur das Terror-Netz al-Qaida, sondern auch die Terror-Miliz IS eine Bedrohung dar“. Afghanistan war noch gefährlicher geworden, trotz der internationalen Unterstützungsmission „Resolute Support“, die am 1. Januar 2015 die OEF abgelöst hatte.

Operation Iraqi Freedom im Irak (2003 – 2010)

Als am 20. März 2003 die US-geführte Koalitionsoffensive Operation Iraqi Freedom (OIF) am Golf begann, war sich die Weltgemeinschaft der Muslime in der Verurteilung dieser militärischen Intervention einig. Mit der Eroberung Bagdads, dem Sturz Saddam Husseins (1937 – 2005) und der Kapitulation seiner Armee erklärte US-Präsident George W. Bush am 1. Mai 2003 den Krieg für beendet. Es folgte nun ein Krieg nach dem Kriege, der sich nicht nur gegen die westlichen Besatzungstruppen richtete. Kriegshandlungen und Gewaltkri-

Der Mittler-Brief

minalität verschiedener irakischer Gruppen untereinander sowie Geiselnahmen und Terroranschläge ausländischer Dschihadisten ließen ihn zum Bürgerkrieg werden. Einen nicht unerheblichen Teil trug dazu ein Foreign Fighter der al-Qaida bei. Vom ersten Kriegsjahr an beteiligte sich der palästinensische Jordanier Abu Mussab al-Zarqawi (1966–2006) mit seinen Kämpfern am Dschihad gegen die Besatzer und andere „Feinde des Islam“, zu denen er insbesondere die „Schiiten als Abtrünnige vom wahren Glauben“ zählte. Der Emir der al-Qaida im Irak, Statthalter bin Ladens in Mesopotamien, entwickelte ein auf Terroranschlägen basierendes Kriegskonzept gegen die „schiitischen Schlangen“. Ob des provozierten innerislamischen Religions-

hadistische Kampfgruppe in „Islamischer Staat im Irak“ (ISI) umbenannt. Sie war noch immer virulent, als US-Präsident Barack Obama am 31. August 2010 die OIF für beendet erklärte. Zur über siebenjährigen Bilanz dieses Golfkrieges gehörten auch über 105.000 tote irakische Zivilisten. Deren überwältigende Mehrheit war Opfer schiitischer und sunnitischer Todesmilizen oder starb durch über 2.000 Terroranschläge islamistischer Extremisten und Dschihadterroristen. Vor dem Krieg waren zwei Millionen Iraker ins Ausland geflüchtet, die Anzahl der Binnenflüchtlinge lag bei 1,8 Millionen. Auch Nordafrikaner hatten im Irak gekämpft. Als sich in ihren Heimatregionen 2010/2011 der Beginn einer Arabellion abzuzeichnen begann, da

terrorismus entstanden und zu einer Art „Islamistischen Internationalen“ gewachsen war. Ob ihrer professionellen Gewaltbereitschaft und Anwendung sollte diese zum eigentlichen Profiteur der kommenden Arabellion werden.

Lead Nation der Islamistischen Internationalen

Das neue Kalifat für den neuen sunnitisch-islamischen Menschen

Nach dem Abzug der US-Kampftruppen im Irak nahmen die Spannungen zwischen der schiitisch dominierten Regierung und dem sunnitischen Bevölkerungsteil zu, schlugen im Dezember 2012 in offene Proteste und schließlich gewaltsame Aus-

Die dschihadistisch-salafistische Internationale auf dem Weg in ihren „Holy World War“



© B. G. Thamm 04/2015

krieges überwarf sich Zarqawi mit der Qaida-Führung. Doch wurde er ob dieser Kompromisslosigkeit zum geachteten Vordenker und Wegbereiter des neuen Kalifats. Noch in seinem Todesjahr 2006 wurde seine dschi-

traf diese auf eine arabisch-muslimische Welt, in der über den Zeitraum zweier Dekaden ein von Afghanistan-Kriegsveteranen begründeter regionaler militant-muslimischer Untergrund und ein globaler Dschihad-

einandersetzungen um, an denen auch der ISI, seit 2010 vom sunnitischen Iraker Abu Bakr al-Baghdadi geführt, terroristisch beteiligt war. Mit dem durch die Arabellion ausgelösten Bürgerkrieg in Syrien

find sein ISI einen weiteren Kampfschauplatz, der diesen nun als Islamischer Staat im Irak und Syrien (ISIS) noch stärker werden ließ. So erstarkt begann der ISIS von Syrien aus im Juni 2014 mit einem Feldzug gegen Bagdad. Ob dieser Bedrohung rief das religiöse Oberhaupt der Schiiten im Irak, Großayatollah Ali al-Sistani, zum „Kampf gegen die sunnitischen Extremisten“ auf. Diese hatten kurz danach im eroberten Mossul ein neues Kalifat deklariert, einen Islamischen Staat für alle sunnitischen Muslime. Zur vormodernen Welt-sicht dieses dschihadistisch-salafistischen Gottesstaates gehört die religiös-politische Lehre, einen neuen sunnitisch-islamischen Menschen zu schaffen. Ein Lehrplan-Büro gibt die dementsprechenden Bildungsinhalte (Scharia-Wissenschaft) vor, ein IS-Bildungsministerium (Diwan des Wissens) sucht diese im Kalifatsgebiet umzusetzen. Ob im totalitären IS dadurch das Denken einer jungen Muslimgeneration monopolisiert werden kann, ist so ungewiss wie der Umgang mit Gläubigen anderer Buchreligionen wie Christen und Juden. Gewiss hingegen ist, dass die IS-eigene Theologie andere Spielarten des Islam, die nach der ersten Spaltung (Schia) in den vergangenen 1.355 Jahren entstanden sind, im sunnitischen Kalifat nicht vorsieht. Neben diesen „Abtrünnigen“ zählt die IS-Exekutive auch Andersgläubige, Andersdenkende zu den todeswürdigen „Ungläubigen“. Vor diesem Hintergrund ist die Grausamkeit (Enthauptungen, Kreuzigungen, Verbrennungen, Leichenverstümmelungen) zum überlegten Kalkül und Bestandteil der Internetpropaganda geworden. Zur psychologischen Kriegführung gehört auch die „Strategie der kulturellen Säuberungen“, die Zerstörung vor- und nichtislamischer Kulturgüter/-stätten des Alten Orients – von Ninive im Irak bis Palmyra in Syrien. Zur „Neugestaltung“ des polyglotten nahöstlichen Kulturraumes für den neuen sunnitisch-

islamischen Menschen rief nach der Kalifatsproklamation der alte ISIS-Führer und nun neue Kalif Ibrahim auf: „Muslime, eilt in euren Staat ... Das ist mein Rat für Euch. Wenn ihr ihm folgt, werdet ihr Rom erobern und Herren der Welt werden durch den Willen Allahs“. Dem Ruf, der auf Arabisch, Englisch, Russisch, Französisch und Deutsch veröffentlicht wurde, folgten zigtausende Foreign Fighters aus mittlerweile 90 Ländern aller fünf Kontinente. In die Bürgerkriegsregion Syrien/Irak sind seit 2012 wohl über 6.000 Dschihadfreiwillige aus Europa, Tausende aus Russland/Tschetschenien und Zentralasien und bald 15.000 oder mehr aus der arabischen Welt gekommen.

Vom „Arabischen Frühling“ zum „Islamischen Winter“

Die Arabellion als Wegbereiter einer neuen Welt-Unordnung

Die Potentaten in der arabischen Staatenwelt galten bis vor 2011 als sehr stabil. Doch als sich am 17. Dezember 2010 in Tunesien ein Gemüsehändler und Familienvater in wirtschaftlicher Not vor einem öffentlichen Gebäude in der Kleinstadt Sidi Bouzid aus Protest verbrannte, säte er revolutionären Wind, der zum Sturm der Arabellion wurde. Nach Massenprotesten in Tunesien gegen steigende Lebensmittelpreise, hohe Arbeitslosigkeit, schlechte Zukunftschancen und Polizeiwillkür kam es zu Protesten für Freiheit und Brot in fast allen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens. Im Januar 2011 begann dieser „Arabische Frühling“ in Algerien, Jordanien, Ägypten, Jemen, Saudi-Arabien und Sudan; im Februar in Bahrain, Libyen, Oman und Dschibuti, Kuwait, Marokko, Irak, Mauretanien und Libanon. Nach den palästinensischen Gebieten erfasste die Arabellion Mitte März schließlich Syrien. Das Aufbegehren nutzend löste in den darauffolgenden Jahren die religiöse Gewaltideologie des IS in der

arabischen Welt eine, so der Nahostexperte Martin Gehlen, „regionale Kernschmelze“ aus.

Tunesien – von der Jasminrevolution zum Ausnahmezustand

Als einziges Land in der arabischen Welt gelang es Tunesien, die Proteste (Jasminrevolution) in eine Demokratisierung zu überführen. Die ersten freien Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung fanden am 23. Oktober 2011 statt, aus denen die islamistische Partei Ennanda als stärkste Kraft hervorging. Nach einem schwierigen nationalen Dialog der politischen Kräfte wurde im Januar 2014 erstmals der Präsident frei gewählt und einen Monat später die neue Verfassung verabschiedet, die Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die Gleichstellung von Mann und Frau garantierte. Tunesien galt damit als Vorbild für die Region, war als Hoffnungsträger aber zugleich auch bedroht – von radikalen Islamisten (Dschihadisten-Netzwerken) im eigenen Land und durch den Staatszerfall im Nachbarland Libyen. So hatten sich zwei Millionen Libyer vor der Anarchie in ihrer Heimat in Tunesien in Sicherheit gebracht. In der Grenzregion zu Algerien hatte sich eine kleine, aber hochgefährliche al-Qaida-Szene angesiedelt. Unterstützt wurde diese von der tunesischen Ansar al-Scharia, im Zuge der Revolution im April 2011 gegründet und 2013 als Terrorgruppe verboten. Vor diesem Hintergrund kam es nur drei Monate nach der Präsidentenwahl am 18. März 2015 zu einem Terroranschlag in der Hauptstadt, bei dem erstmals seit 2002 (al-Qaida-Anschlag auf die Al-Ghriba-Synagoge auf Djerba, 21 Tote) wieder Touristen zum Terrorziel wurden. Vor dem Bardo-Museum in Tunis eröffneten IS-Dschihadisten das Feuer auf vornehmlich ausländische Museumsbesucher

und töteten insgesamt 23 Touristen. Nach dem Bardo-Attentat fürchtete das Land um seine wichtigste Einnahmequelle – den Tourismus. Diesen traf der IS wenige Monate später noch härter. Am 26. Juni schoss in der Urlaubsmetropole Sousse ein Dschihadist am Strand des Hotels Imperial Marhaba auf westliche Gäste, tötete 38 ausländische Urlauber. In der Folge verließen Tausende von ihnen Tunesien, dessen Präsident gut eine Woche nach dem Terrorakt den Ausnahmezustand über das Land verhängte. Schätzungen zufolge haben sich in den vergangenen Jahren 3.000 junge Tunesier dem ISIS/IS angeschlossen, über 9.000 wurden bisher an der Ausreise gehindert, bis zu 500 sind zurückgekehrt, mindestens 170 im Kampfgebiet gestorben.

Libyen – Dschihadisten als Profiteure des Staatszerfalls

Vier Jahrzehnte sicherte sich Libyens Langzeitherrscher Muammar al-Gaddafi (1942-2011) seine Macht durch skrupellose Gewalt. Mit den Islamisten stritt er, die Fundamentalisten rottete er weitgehend aus. Die Überlebenden beteiligten sich am Aufstand gegen ihn, der am 15. Februar 2011 begann. Vier Wochen später griff auch die NATO in den Krieg gegen den Diktator ein, der am 20. Oktober getötet wurde. Die Menge seiner bei NATO-Angriffen unbeschädigt gebliebenen Waffenbestände wurde auf weit über 100.000 Tonnen geschätzt. In der Folge wurde Libyen zur Drehscheibe des illegalen Waffenhandels (Schultergestützte Boden-Luft-Raketen u.a.) in Afrika. Die UNO verhängte ein Waffenembargo. Nach dem Sturz Gaddafis begann der Kampf um die Vorherrschaft um Städte und Regionen, Einfluss und Einnahmen, an dem sich bis heute rund 150 Stämme und 200 Milizen, darunter auch militante Islamisten (z.B. libysche Ansar al-Scharia) und darüber hinaus ausländische

Dschihadisten (heute mehr als 5.000) beteiligen. Die Auseinandersetzungen zwischen Islamisten und gemäßigten Kräften haben Bürgerkriegsdimensionen und das Land in Chaos und Anarchie gestürzt. Vier Jahre nach dem Tod des Diktators ist Libyen ein zerfallenes Land, in dem zwei Premierminister (mit zwei Parlamenten und zwei Armeen) um die Macht streiten. Im Osten des Landes hat die nach Tobruk geflohene alte, von der internationalen Gemeinschaft anerkannte Regierung ihren Sitz. Im Westen des Landes regiert mit den Verbänden der „Libyschen Morgenröte“ eine von der Muslimbruderschaft unterstützte illegitime islamistische Gegenregierung in Tripolis. Friedensverhandlungen der UN scheiterten bisher. Nutzer des Machtvakuum sind Dschihadisten, insbesondere die um Expansion bemühten IS-Kämpfer. Im Oktober 2014 erklärten diese die eingenommene Hafenstadt Darna zum Zentrum der IS-Provinz Barm (Cyrenaika), die sie wieder an lokale Mudschaheddin verlor. Dafür brachten sie im Februar 2015 weite Teile der Hafenstadt Sirte, im Mai die gesamte Stadt unter ihre Kontrolle. Nach der Niederschlagung letzter Widerstände renitenter Stämme im August ist Sirte dabei, Hauptstadt des IS in Libyen und im Zusammenwirken mit anderen salafistischen Milizen zur neuen Terrorzentrale des Maghreb zu werden.

Ägypten – ein Militärregime und sein Feldzug gegen den Terror

Fast 30 Jahre war Mohammed Hosni Mubarak an der Macht, als die Ägypter am 25. Januar 2011 insbesondere in Kairo gegen das Regime ihres Präsidenten demonstrierten. Angesichts der Massenproteste trat dieser am 11. Februar zurück, wurde in der Folge vor Gericht gestellt, 2012 zu lebenslanger Haft verurteilt und nach einem Revisionsverfahren 2014 freigesprochen.

Zu seinem Nachfolger wurde am 30. Juni 2012 der Muslimbruder Mohammed Mursi frei gewählt und nach Massenprotesten gegen seine Politik durch einen Militärputsch am 3. Juli 2013 gestürzt und inhaftiert. Mit Gewalt war damit das einjährige Experiment einer islamistischen Regierung beendet worden. Machtinhaber war nun wieder das Militär, das seinen Feldmarschall Abdel Fattah al-Sisi im Juni 2014 zum Präsidenten machte. Das von Saudi-Arabien und den VAE unterstützte Militärregime erließ seither 300 Gesetze per Dekret, nicht wenige davon schränken Grundrechte der Bürger ein. Bei Protesten wurden bis heute über 2.500 Menschen getötet, mehr als 40.000 kamen aus politischen Gründen in Haft. Schon im September 2013 war die Muslimbruderschaft verboten und Ende Dezember als Terrororganisation eingestuft worden. Knapp zwei Jahre nach seinem Sturz wurde Ägyptens Ex-Präsident von einem Gericht in Kairo im Mai 2015 wegen Verschwörung zum Tode verurteilt. Im Juni wurde das Todesurteil bestätigt. Darüber hinaus wurde Mursi wegen Spionage zu lebenslanger Haft verurteilt. Zeitparallel hatten im Lande die Terroranschläge zugenommen. Mit der im Februar 2011 gegründeten Gruppe Ansar Bait al-Maqdis (Unterstützer des „Heiligen Hauses“, gemeint ist Jerusalem) hatten im Norden der Halbinsel Sinai Dschihadisten Fuß gefasst und sich Mitte November 2014 offiziell dem IS angeschlossen. Richteten sie anfangs ihre Terroraktionen vornehmlich gegen Israel, wurde nach dem Sturz Mursis das ägyptische Kernland zum Ziel. So wurde Ende Juni 2015 in Kairo der Generalstaatsanwalt durch ein Bombenattentat getötet. Anfang Juli überfielen die „Löwen des Kalifats“ auf dem Sinai simultan 15 Militärposten. Zehn Tage später wurde auf das Italienische Konsulat in Kairo ein Bombenattentat verübt. Nicht nur der IS auf dem Sinai, auch der IS in Libyen sucht Ägypten zu provozieren.

ren (im Februar 2015 mit einem Hinrichtungsvideo ägyptischer Gastarbeiter in Sirte) und in die direkte Konfrontation in den Krieg hineinzuziehen. Gegen diesen Dschihadterrorismus hat das Militärregime mit einem Feldzug begonnen. Mitte August setzte Präsident al-Sisi ein Anti-Terror-Gesetz in Kraft, das den Sicherheitskräften noch mehr Befugnisse gibt.

Syriens Nachbarn im Sog des Bürgerkrieges

Mitte März 2011 hatte die von Nordafrika kommende Arabellion Syrien erreicht. Aus kleinen Protesten wurden Massenproteste, bewaffnete Aktionen eskalierten zum militärischen Kampf gegen das autoritäre Regime Baschar al-Assads. Heute sind Hunderte von Widerstandsgruppen, vom säkularen Dachverband der Freien Syrischen Armee (FSA) bis zu diversen dschihadistisch-salafistischen Rebellengruppen, in einen mörderischen Bürgerkrieg involviert, der durch die Teilnahme von IS-Milizen des 2014 im Irak proklamierten Kalifats noch an Schärfe zunahm. Zur Bilanz des begonnenen fünften Bürgerkriegsjahres zählen rund 250.000 Tote. Große Teile des Landes sind zerstört, Gesundheits- und Bildungsweisen sind zusammengebrochen. Die Hälfte der Bevölkerung (23 Millionen) ist auf der Flucht. Weit über sieben Millionen Syrer irren im eigenen Land umher, fast fünf Millionen sind ins Ausland, vornehmlich in die Nachbarstaaten geflüchtet, die sich mit zunehmender Länge des Krieges dem Sog der Gewalt nicht entziehen können.

Diese Schrecken kennt auch der Libanon (4,5 Millionen Einwohner) durch seine eigene Geschichte (Bürgerkrieg von 1975 – 1990). Seit 2011 hat das Land über 1,2 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen, was etwa einem Viertel der Bevölkerung entspricht. Damit ist, so das Londoner

Strategieinstitut IISS im September, der bisher überwiegend von Schiiten bewohnte Libanon zu einem mehrheitlich sunnitischen Land geworden. Die Schiiten sehen sich insbesondere durch den IS bedroht, dessen Dschihadisten im August 2014 schon libanesische Sicherheitskräfte angriffen. Vor dem Hintergrund dieser Bedrohung werde die das Assad-Regime unterstützende Hisbollah, so ihr Generalsekretär Hassan Nasrallah im Mai 2015, künftig überall in Syrien eingreifen, wo es nötig ist.

Im Königreich Jordanien (6,5 Millionen Einwohner) billigten nicht alle Untertanen den Kriegskurs ihres Monarchen, der sich im September 2014 der US-geführten Anti-IS-Allianz anschloss. Bei einem Teil der Bevölkerung genoss der IS zumindest Sympathie und mit 2.000 bis 2.500 Kämpfern stellt Jordanien im IS das drittgrößte arabische Ausländerkontingent. Nicht zuletzt werden über 630.000 geflüchtete Syrer, von denen 170.000 in der Hauptstadt Amman leben, zur Last. Bei seinen Luftschlägen gegen den IS stürzte am 24. Dezember 2014 ein Kampfflugzeug über Syrien ab, dessen Pilot Moaz al-Kasasba überlebte. In einem Käfig wurde dieser Gefangene bei lebendigem Leib verbrannt, als Video vom IS am 3. Februar 2015 ins Internet gestellt. In seiner Heimat demonstrierten nun Tausende gegen den IS, bekundeten Solidarität mit dem Clan des Ermordeten, der zu einem großen und einflussreichen Stamm gehört, der wichtiger Rückhalt des Königs ist. Zeitgleich griff die jordanische Luftwaffe erneut IS-Positionen an. Ob dieser Vergeltungsschläge befürchtet Amman größere Terrorattentate.

Mit IS-Anschlägen muss auch die Türkei rechnen, nachdem sich Ende August das NATO-Land erstmals mit Kampfflugzeugen an den Luftschlägen der US-geführten internationalen Militärallianz beteiligte. Auch gehen seit der IS-Kriegserklärung türkische Truppen verstärkt gegen For-

eign Fighters vor, die über die Landesgrenze in das Kalifat in Syrien wollen. Aus diesem Bürgerkriegsland hat die Türkei seit 2011 fast zwei Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Aus Sicht Ankaras ist der IS, für den auch 700 bis mehrere 1.000 Türken kämpfen, nicht das einzige Problem, hat doch im nordsyrischen Grenzbereich die kurdische Unionspartei (PYD) größere Gebiete unter ihre Kontrolle gebracht, aus denen einmal ein eigener Kurdenstaat entstehen könnte. Problem ist auch der Grenzbereich zum Irak, wo die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) – zum Leidwesen der Regionalregierung der irakischen Kurden (KRG) – in deren autonomen Zone ihr Hauptquartier hat. Nach der Aufkündigung des Friedensprozesses mit der Kurdenguerilla durch Staatspräsident Erdogan Ende Juli 2015 fliegt die türkische Luftwaffe wieder Einsätze gegen die PKK im Nordirak. In der Folge ist auch der kurdische Südosten der Türkei wieder zum Kampfgebiet geworden. Die Gewalt könnte auf Istanbul und andere westtürkische Metropolen übergreifen. Die Gefahr eines Bürgerkrieges ist nicht auszuschließen.

Der Jemen und die Golfmonarchien – „Arabia Felix“ im Bürgerkrieg

„Arabia Felix“ (Glückliches Arabien) hieß in der Antike der Süden der Arabischen Halbinsel. In der Gegenwart ist der Jemen (24 Millionen Einwohner) ein politisch zerrüttetes Land, in dem Stammeskongflikte schon immer die Zentralgewalt schwächten. Die Zunahme religiöser Spannungen zwischen Zaiditen, einer alten schiitischen Splittergruppe und den Sunniten, aber auch die Niederlassung und Einflussnahme der al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAH) und anderer Dschihadisten trugen zur Destabilisierung des Landes bei. Feste Größe trotz aller Unabhängigkeitsbestrebungen war der Dauerdik-

tator Ali Abdullah Saleh über 34 Jahre, bis auch den Jemen 2011 die Arabellion erteilte. Nach Massenprotesten in der Hauptstadt Saana trat der Schiit Saleh zurück, gab 2012 die Macht an seinen Vize Abed Rabbo Mansur Hadi ab, einem Sunniten. Schon seit 2004 kämpfte die im Nordjemen beheimatete schiitische Huthi-Bewegung gegen die Zentralregierung. Nach Jahren beherrschte sie den Nordwesten des Landes und bekämpfte ab 2009 zusätzlich auch die sunnitische AQAH. Mit der Arabellion eskalierten die Auseinandersetzungen, an denen sich auf Seiten der Huthis Ex-Präsident Saleh beteiligte. Am 21. September 2014 besetzten die Huthis die Hauptstadt. In der Folge floh Präsident Hadi in die Hafenstadt Aden, später nach Saudi-Arabien, wo er um Hilfe nachsuchte. Das Königreich kam dem nach, zusammen mit neun Alliierten (Kuwait, Katar, VAE, Bahrain, Jordanien, Ägypten, Sudan, Marokko und Pakistan). Im Februar/März 2015 begann diese bisher größte sunnitische Militärallianz mit der gemeinsamen „Operation Entscheidungssturm“ mit einem Luftkrieg gegen die schiitischen Huthi-Rebellen, aus ihrer Sicht die „Fünfte Kolonne des Iran“. Das Kriegsziel, den vertriebenen Präsidenten Hadi wieder an die Macht zu bomben, wurde durch weit über 2.000 Luftschläge in fünf Monaten nicht erreicht. Vor diesem Hintergrund schickte die Golf-Koalition auch Bodentruppen. Zur panarabischen Streitmacht gehörten Mitte September schon 10.000 ausländische Soldaten aus Saudi-Arabien, Katar, Ägypten und dem Sudan, die die Hauptstadt zurückerobern wollen. In diesem Jahr hat sich der Krieg mit bisher 4.500 Toten, 23.000 Verletzten und 1,5 Millionen Flüchtlingen zu einer nationalen Katastrophe für das jemenitische Volk entwickelt. Darüber hinaus könnte – nach dem Irak, Syrien und Libyen die Eskalation des Bürgerkrieges im „Failed State“ Jemen zur weiteren Destabilisierung der Region beitragen. Ist der

Konflikt doch auch ein weiterer Stellvertreterkrieg zwischen den Regionalmächten Saudi-Arabien und dem Iran, in dem sich Schiiten und Sunniten gegenüberstehen.

Iran – und die Gefahr eines 30-jährigen Krieges in Nahost

Das sunnitisch-arabische Bündnis wirft dem Iran vor, die schiitischen Rebellen im Jemen zu unterstützen. Diese bestreiten Hilfen aus Teheran, sehen sich vielmehr als Vorkämpfer gegen eine korrupte Regierung. Bis zum Beginn des aus der Arabellion erwachsenen Bürgerkrieges in Syrien war die Islamische Republik mehr ein isoliertes Land. Mittlerweile ist die Theokratie (trotz hegemonialer Ansprüche) ein gefragter Partner im Kampf gegen den sunnitischen IS, erst recht nach dem Ende des langjährigen „Atomstreits“ mit der internationalen Gemeinschaft und dem Atomabkommen von Wien am 14. Juli 2015. Nur vier Tage nach diesem Atom Deal machte das geistliche Oberhaupt des Gottesstaates Ayatollah Ali Chamene'i deutlich, dass der Iran ob eigener Interessen die Unterstützung für seine „Freunde in der Region wie die Palästinenser und die Menschen im Jemen, Irak, Libanon, in Syrien und Bahrain“ niemals stoppen werde. Hatten doch erst vor wenigen Jahren Saudi-Arabien und die VAE geholfen, Unruhen von Schiiten in Bahrain niederzuschlagen. Nun, im nahöstlichen Bürgerkriegsgeschehen, nimmt der Iran Einfluss auf die schiitisch dominierte Regierung im Irak und leistet dort den gegen das Kalifat kämpfenden Schiiten-Milizen (Asaib Ahl al-Hakk, Hisbollah-Brigaden) militärische Hilfen. In Syrien ist man Präsident Assad im Kampf gegen eine zersplitterte Opposition und islamistischen Gruppen unterstützend verbunden. Im Libanon ist der enge Waffenkontakt zur Hisbollah ungebrochen, machte deren Generalsekretär doch

deutlich, dass „der IS eine Gefahr wie nie zuvor in der Geschichte darstellt“ – was insbesondere für den sich vom Iran über Irak und Syrien bis zum Libanon erstreckenden „schiitischen Halbmond“ gilt. Wohl auch vor diesem Hintergrund verstärkte Russland im September seine Präsenz in Syrien und sucht in der IS-Bekämpfung das Gespräch mit dem Westen. Im nahöstlichen Kriegschaos geht es nicht nur um Macht, Einfluss und Vorherrschaft – es geht auch um Religionsfragen. „Ich glaube, der Konflikt wird sich lange hinziehen, vielleicht entsteht daraus sogar ein 30-jähriger Krieg wie damals in Europa“, so der renommierte pakistanische Publizist Ahmed Rashid im Dezember 2014. Kein Jahr später hat sich dieser „Konflikt“ zur größten humanitären Katastrophe in der jüngeren Geschichte des Nahen Ostens entwickelt. Dessen arabische Welt erlebt den größten Flüchtlingsexodus seit dem Zweiten Weltkrieg, der mittlerweile auch Europa erreicht hat.

Impressum

Herausgeber:
Mittler Report Verlag GmbH
Ein Unternehmen der Gruppe Tamm Media
Baunscheidtstraße 11
53113 Bonn
Telefon 0228 / 35 00 870
Telefax 0228 / 35 00 871

Verantwortlich für den Inhalt:
Rainer Metzner
Alle Rechte vorbehalten.

Der Mittler-Brief erscheint viermal im Jahr (vierteljährlich).

Jahresabonnement € 15,60, Einzelheft € 4,10
inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten.

Bestellung und Kündigung nur schriftlich bei:
PressUp GmbH
Wandsbeker Allee 1 · 22041 Hamburg
Postfach 70 13 11 · 22013 Hamburg
Telefon 040 / 41 44 8-471
Telefax 040 / 41 44 8-499